Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 26 (1932)

Heft: 9

Artikel: Der österreichische Katholizismus seit "Quadragesimo anno" und die religiösen Sozialisten

Autor: Frank, Wilhelm

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-136299

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

abzulenken, konnte diese Maßnahme von weiten Kreisen aufgefaßt werden. Sie mußte ernsthaftem Nachdenken über diese Probleme nur schaden.

Sie wollen ein *Reichsschulgesetz* schaffen. So, wie es heute steht, würde jede Kirche, die ein Reichsschulgesetz aus Ihrer Hand nehmen würde, in den Augen des Volkes den Vorwurf zu tragen haben, daß sie sich das Schweigen zu der Zerstörung der Volksrechte abkaufen ließ durch Erhöhung ihres Einflusses auf die Schule.

Sie haben die *Gottlosenverbände* verboten. Der schroffste, roheste Kampf gegen die Religion ist dieser nicht so gefährlich als die Mißachtung des Göttlichen, die es mißbrauchen kann als Schutzhülle von Rechtsbruch und Klassenkampf.

> „Es werden nicht alle, die zu mir sagen, Herr, Herr, in das Himmelreich kommen, sondern die den Willen *tun* meines Vaters im Himmel" (Matthäus 7 v. 21).

Sein Wille ist Ehrfurcht vor eines jeden Menschen Sein, Leben, Verantwortung und Gewissen. — Sein Wille ist, daß wir eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit bauen. — Ja, diese christliche Frömmigkeit, die uns hinweist, Jesu Botschaft zu hören, sie ist der Völker Kraft und Zukunft.

Aber nichts könnte unserm Volke sicherer den Weg zu dieser Quelle der Kraft verschließen, als der Mißbrauch seiner heiligen Botschaft im Interesse herrschender Klassen. — Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn auch noch christliche Kirchen solchem Mißbrauch ihre Unterstützung leihen würden.

Weil ich sehe, daß die gesamte Zukunft unseres Volkes und unseres Glaubens auf dem Spiele steht, wende ich mich an Sie —

als Christ zum Christen —

mit diesem offenen Wort.

In der Hoffnung, daß ein Mann, der sich so stark und deutlich auf das Evangelium berufen hat, meine Mahnung und ihre Beweggründe zu verstehen und zu würdigen weiß, bin ich,

Herr Reichskanzler,
in vorzüglicher Hochachtung
ihr ergebener
Emil Fuchs,
Dr. theol. h. c., Professor an der Pädagogischen Akademie zu Kiel.

Der österreichische Katholizismus seit „Quadragesimo anno" und die religiösen Sozialisten.

Das Erscheinen des päpstlichen Sozialrundschreibens „Quadragesimo anno" hat die katholisch-sozialistische Aktion der religiösen

Sozialiſten Oeſterreichs in weit ſtärkerem Maße berührt, als dies im erſten Augenblick ſichtbar war. Solange man es ausſchließlich mit dem *Text* der Enzyklika zu tun und die *Auswirkungen* ihres Inhaltes auf die Einſtellung der katholiſchen Sozialbewegung abzuwarten hatte, da ging es vielleicht noch an, die Enzyklika (als eine nicht abſolut verpflichtende Kundgebung der perſönlichen Meinung des Papſtes zum ſozialen Fragengebiet) eben vor allem nach dem textlichen Inhalt zu beurteilen. Die Enzyklika lehnt zwar z. B. die katholiſch-ſozialiſtiſche Grundauffaſſung, der Sozialismus könne (als geſchichtlich eigenſtändige, von Gott gerufene Bewegung, als „unerlöſter Schöpfungsbereich") zur Begegnung mit Chriſtus gebracht und ſozuſagen „getauft" werden, ausdrücklich ab; dem könnten aber andere Stellen derſelben Enzyklika entgegengehalten werden, die inhaltlich eine gewiſſe Annäherung an ſozialiſtiſche Programmforderungen und Grundſätze zeigen. Z. B. der Satz, in dem geſagt wird, man könne „mit vollem Recht dafür eintreten, gewiſſe Arten von Gütern der öffentlichen Hand vorzubehalten", ferner der Abſatz über das Lohn-Arbeitsverhältnis, deſſen „Annäherung an ein Geſellſchaftsverhältnis nach Maßgabe des Tunlichen" empfohlen wird. Man könnte ſchließlich darauf verweiſen, daß der Papſt in der Enzyklika feſtſtellt, auch der Sozialismus habe in einzelnen Partien eine gewiſſe Annäherung an die Grundſätze chriſtlicher Sozialreform vollzogen, und daß „Quadragesimo anno" die vorübergehende Unvermeidbarkeit eines gemilderten Klaſſenkampfes („Auseinanderſetzung der Klaſſen") zugeſteht. — Die *relative* Verbindlichkeit päpſtlicher Enzykliken zeigt ſchon die Tatſache auf, daß „Quadragesimo anno" mehrere Partien ihrer Vorgängerin „Rerum novarum" *inhaltlich* außer Kraft ſetzt; und auch ſonſt wurden ja in der bisherigen Kirchengeſchichte päpſtliche Enzykliken durch nicht minder feierliche Kundgebungen von der gleichen Stelle aus ganz oder teilweiſe entkräftet.

Die der Enzyklika nachfolgende *praktiſche* Haltung und Politik des geſamten, insbeſondere des öſterreichiſchen Sozialkatholizismus, hat aber bald deutlich gezeigt, daß die notwendigen Vorausſetzungen der bisherigen *katholiſch-ſozialiſtiſchen Arbeit* nicht mehr vorhanden ſind. Denn nicht etwa dies iſt das Weſentlichſte dieſer Aktion geweſen, durch mündliche oder geſchriebene Diskuſſionen die Grundſätze kirchlich-chriſtlicher Sozialreform einerſeits und ſozialiſtiſcher Grundauffaſſungen anderſeits rein lehrhaft etwas einander anzugleichen, oder gar zwiſchen Chriſtentum und Sozialismus, als Weltmächte genommen, gelegentliche politiſche Kompromiſſe und Bündniſſe zu ſchließen, einen „Intereſſenausgleich" in den einander berührenden Sphären herbeizuführen. Die Aufgabe liegt in einer *weſentlich tieferen Schicht.* Das in der ſozialiſtiſchen Bewegung geſammelte Proletariat ſoll in *lebendige, unmittelbare Verbindung mit*

Chriſtus kommen. Die „anima naturaliter christiana“ des Sozialismus ſoll von der Beherrſchung durch rationaliſtiſch-materialiſtiſche Theorien befreit und zum bewußten Urgrund alles ſozialiſtiſchen Bewegungslebens erhoben werden. Dies iſt aber nur durch *Wandlung des Sozialismus von innen heraus* möglich, nur dadurch, daß ſich chriſtusgläubige Menſchen in die ſozialiſtiſche Bewegung hineinſtellen, es vorbehaltlos für möglich halten, daß die in dieſem „Reich der naturhaften Schöpfung“ verborgene Dämonie und Unerlöſtheit überwindbar ſei, daß chriſtlicher Einſatz dort einen Sinn habe, ja notwendig ſei im Sinn des göttlichen Heilsplanes, und daß dieſe Begegnung zwiſchen Chriſtus und der ſozialiſtiſchen Bewegung ohne Preisgabe der geſchichtlichen Eigenſtändigkeit und Sendung des Sozialismus geſchehen könne — ſo wie ja auch der natürliche Einzelmenſch zur Erlöſung durch Chriſtus gebracht werden kann, ohne daß er deshalb aufhören brauchte, Menſch zu ſein und ſeiner bisherigen profanen Lebensaufgabe zu dienen. Gerade aber dieſe weſentlich katholiſch-ſozialiſtiſche Haltung — die allen religiöſen, chriſtlichen Sozialiſten gemeinſam iſt — lehnt die Enzyklika ab, und auch die nach ihrer Weiſung „unter einheitlicher Führung Roms und der Biſchöfe“ ſtehende katholiſche Sozialbewegung verſagt ihr Anerkennung und Duldung innerhalb des katholiſchen Raumes; die katholiſchen Sozialiſten werden ausdrücklich von dieſer Aufgabe zur „Rückkehr ins verlaſſene Vaterhaus“ gerufen. Damit ſind die katholiſchen Sozialiſten vor die Gewiſſensentſcheidung geſtellt, ihre bisherige, gemeinſam mit den anderen chriſtlichen Sozialiſten innegehabte Poſition aufzugeben, oder ſie ohne Billigung, ja trotz Ablehnung durch das kirchliche Amt, aufrecht zu halten. Die öſterreichiſchen katholiſchen Sozialiſten haben ſich faſt ausnahmslos zu letzterem entſchloſſen. Der bisherige kirchenpolitiſche Kampf um die Tolerierung der katholiſch-ſozialiſtiſchen Arbeit durch den offiziellen Katholizismus ſoll aufgegeben werden, die geſamte Wirkkraft aller religiöſen Sozialiſten, alſo beſonders auch der katholiſchen, iſt in der Richtung der Chriſtianiſierung der geiſtigen Grundlage und der Aktionsmethoden des Sozialismus mobil zu machen. Die außerordentliche Bundeskonferenz der religiöſen Sozialiſten Ende Februar in Wien hat ſich faſt einſtimmig, nach Anhörung eines grundlegenden Referates Otto Bauers und zweitägiger gründlicher Ausſprache darüber, in dieſem Sinne entſchieden.

Das Aufgeben des Verſuches, die katholiſch-ſozialiſtiſche Poſition innerhalb des Sozialkatholizismus kirchenpolitiſch durchzuſetzen, ist nicht aus theoretiſchen Erwägungen, ſondern durchaus im Hinblick auf die tatſächliche Lage geſchehen.

Der öſterreichiſche Sozialkatholizismus hat — dies ſei als erſtes Charakteriſtikum ſeiner Haltung angeführt — es ſich ſeit „Quadragesimo anno“ in ganz beſonderer Weiſe angelegen ſein laſſen, dafür

Sorge zu tragen, daß die *ſoziale Arbeit der Katholiken ausſchließlich „unter einheitlicher Führung Roms und der Biſchöfe“* geſchehe. Dieſe Sorge um die Einheitlichkeit und hierarchiſche Führung der Sozialaktion hat der öſterreichiſche Sozialkatholizismus — dies kann man ſagen, ohne ſich im geringſten einer Uebertreibung ſchuldig zu machen — noch wichtiger genommen als die Sorge dafür, daß überhaupt im ſozialen Leben des Landes katholiſche Sozialprinzipien wirkſam werden, daß z. B. von Seite der politiſchen Machtpoſition des öſterreichiſchen Katholizismus, der chriſtlichſozialen Partei, an Stelle der von ihr betriebenen kapitaliſtiſch-bürgerlichen Klaſſenpolitik chriſtliche Sozialpolitik vertreten werde.

Begonnen wurde der Kampf um die „katholiſch-ſoziale Einheitslinie“ ſchon einige Jahre vor dem Erſcheinen der Enzyklika, auf der „katholiſch-ſozialen Tagung“ im Juni 1929 in Wien. Dort gelang es den (hauptſächlich ſozialromantiſch eingeſtellten) Oppoſitionsgruppen, ſachlich Erfolge zu erzielen. Als nun durch „Quadragesimo anno“ die offizielle (ſolidariſtiſche) Richtung im Sozialkatholizismus in den wichtigſten Punkten die autoritative Beſtätigung ihrer Grundſätze erhielt und dadurch ſtark Oberwaſſer bekam, ſetzte der Kampf gegen alle oppoſitionellen Richtungen im Sozialkatholismus in verſtärkter Weiſe ein. Zunächſt wurde daran gearbeitet, den Brückenbau einiger katholiſcher Gruppen zu den religiöſen Sozialiſten zu erſchweren und ſchließlich ganz zu verhindern. Seit der erſten größeren Tagung der Wiener religiöſen Sozialiſten (1928), auf der der Religionsprofeſſor Dr. Michael *Pfliegler* ſprach, war es gelungen, einige Gruppen und Perſönlichkeiten im katholiſchen Lager zu ſympathiſierender Haltung zu den religiöſen Sozialiſten zu veranlaſſen. Dieſe kam auch in der Oeffentlichkeit, vor allem im Wiener „Seelſorger“ und in der Salzburger „Katholiſchen Kirchenzeitung“ (zwei Kleruszeitſchriften) zu Wort; ihre markanteſten Verfechter waren neben Pfliegler der (vor einigen Monaten „beurlaubte“) Redakteur der „Kirchenzeitung“ und Spiritual des Prieſterſeminars Dr. *Dillersberger,* und der Innsbrucker Kapuziner P. Optat *Winder.* Schon lange vor der Bundeskonferenz der religiöſen Sozialiſten im Februar 1932, ja kurz nach Erſcheinen der Enzyklika, war dieſe Richtung in der Oeffentlichkeit zum Verſtummen gebracht worden.

Aber auch gegen andere „Abweichungen“ von der katholiſch-ſozialen Einheitslinie richtete ſich nach der Enzyklika mit verſtärkter Intenſität der Kampf. Der im Inland ſchon längſt mundtot gemachte Grazer Theologieprofeſſor Dr. Johann *Ude* wurde erſt vor ganz kurzer Zeit durch von Graz ausgehende Intrigen daran gehindert, im Ausland (Holland) vor Katholiken, die ihn eingeladen hatten, zu reden. Das angeſehenſte und verbreitetſte Blatt der ſogenannten „ſozialromantiſchen“ Richtung, Dr. *Eberles* „Schönere Zukunft“, kann ſich nur mühſam gegenüber den offenen und ver-

ſteckten Angriffen der ſolidariſtiſchen Richtung halten. Der eigentliche aggreſſive Kämpfer der ſozialromantiſchen Oppoſition iſt aber — ſchon ſeit der Zeit vor dem Weltkrieg — der Wiener Soziologe Anton *Orel.* Er war es auch, der auf der ſchon erwähnten katholiſch-ſozialen Tagung 1929 der offiziellen Richtung einige Schlappen beigebracht hatte, und ſteht bis heute im ſcharfen Kampf mit ihr. Mit allen Mitteln ſuchen ſeine Gegner, vor allem der Führer des öſterreichiſchen Sozialkatholizismus, Biſchof Dr. *Waitz,* Orel und ſeine Richtung im katholiſchen Lager unmöglich zu machen. Der gegenwärtige aktuelle Anlaß hiezu iſt der Streit anläßlich der Verweigerung der kirchlichen Druckerlaubnis (Imprimatur) für die bisher erſchienenen erſten zwei Bände von Orels „Oeconomia perennis", worin der Verfaſſer „zum erſtenmal die faſt vergeſſene urſprüngliche und ewige, univerſale und katholiſche Sozial- und Wirtſchaftslehre in hiſtoriſch-ſyſtematiſcher Geſamtdarſtellung der herrſchenden modernen, neuheidniſchen Wirtſchaftsauffaſſung gegenüberſtellen" will. Es ſind von den katholiſchen Sozialmoraliſten bis heute noch ungelöſte, umſtrittene Fragen (vor allem die Eigentumsfrage und Zinsfrage und das Problem des „Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag"), die Orel hier behandelt. In Gegenſatz zu den Solidariſten, die die kapitaliſtiſche Ordnung bloß umbiegen wollen, vertritt er eine konſequent antikapitaliſtiſche Haltung, die er als die echte katholiſche Sozialhaltung bezeichnet. Freilich gründet ſie ſich bei ihm auf eine zu wenig wirklichkeitsbezogene Auffaſſung der chriſtlichen Sozialethik und läßt die — gerade heute für die Chriſten ſo notwendige — weltoffene Einſtellung vermiſſen. Immerhin empfinden die Solidariſten, deren unklare Stellung zum Kapitalismus in der kapitaliſtiſchen Intereſſenpolitik der Chriſtlichſozialen Partei ihren getreuen Ausdruck findet, Orel als unbequemen Gewiſſensmahner und behandeln ihn danach. — Da Orels Werk Fragen der „natürlichen Theologie" und der Moral behandelt, bedarf es, um als katholiſch anerkannt zu werden, nach kirchenrechtlicher Beſtimmung einer ausdrücklichen kirchlichen Druckerlaubnis. Sie wurde Orel — ohne Angabe einer Begründung und mit der gleichzeitigen mündlichen Aufforderung, ohne Imprimatur drucken zu laſſen (theologiſche Irrtümer ſeien nicht enthalten) — in Wien verweigert; das Ordinariat des Druckortes Wiesbaden, Limburg, erteilte das Imprimatur ohne weiteres. Nun ſetzte von Wien ein Intrigenſpiel ein, deſſen Ergebnis die Zurückziehung der Druckerlaubnis für das ſchon im Druck befindliche Werk (1. Band) war. Der erſte Band erſchien nun, ebenſo wie der zweite, *ohne* Imprimatur. Da brachte die Wiener (chriſtlichſoziale) „Reichspoſt" vom 3. Jänner 1932 die Nachricht, daß Orels „Oeconomia" „auf Grund eines Beſchluſſes der letzten Biſchofskonferenz" zu den verbotenen Büchern zähle. Aehnlich lautende Meldungen brachten auch andere katholiſche Zeitungen und

Zeitſchriften. Als nun Orel, um ſich der katholiſchen Oeffentlichkeit gegenüber zu rechtfertigen, in ſeiner Zeitſchrift den Hergang ſchilderte und insbeſondere auch jene Methode, zuerſt das ſchriftliche Imprimatur als überflüſſig zu erklären, zum Druck ohne Imprimatur direkt aufzufordern und nachher das Buch wegen „nicht eingeholter Druckerlaubnis“ ohne Feſtſtellung theologiſcher Irrtümer zu verbieten, mit dem rechten Namen nannte, da veröffentlichte der Apoſtoliſche Nuntius in Wien („Reichspoſt“ vom 29. März 1932) ein im Auftrag des Papſtes an die öſterreichiſchen Biſchöfe gerichtetes Schreiben, in dem dieſen Anerkennung für die „Liebe und Großmut“, mit der ſie die „ſchweren Verunglimpfungen auf ſich genommen und ertragen haben“, ausgeſprochen und Orel indirekt aufgefordert wird, „daß er als Katholik und aufrechter Mann dem hochwürdigſten Epiſkopat Oeſterreichs für die ſchweren ihm zugefügten Verunglimpfungen eine gebührende Genugtuung leiſte“. Sollte Orel dieſem Wunſche nicht entſprechen und „den eingeſchlagenen verderblichen Weg auch weiterhin verfolgen“, ſo wird den Katholiken das Leſen der Orelſchen Zeitſchrift verboten werden. — Dieſer Fall, der im öſterreichiſchen Katholizismus und weit darüber hinaus größtes Aufſehen hervorgerufen hat, war auch den Katholiken in der religiös-ſozialiſtiſchen Bewegung eine wichtige Lehre. Mag man vielleicht Orel mit Recht im Einzelnen zu große Schärfe ſeiner Kampfführung vorwerfen können, mag man — wie dies gerade auch die religiöſen Sozialiſten tun — viele ſeiner Anſchauungen nicht teilen (Verſtöße gegen die katholiſche Lehre konnten ihm von theologiſcher Seite bisher *nicht* nachgewieſen werden), ſo kann man doch die Methoden, mit denen von offiziellkirchlicher und ſolidariſtiſcher Seite gegen ihn und ſein Werk gearbeitet wird, nur als abſolut unvereinbar mit dem Mindeſtmaß von Erforderniſſen chriſtlicher Liebe und auch des geltenden katholiſchen Kirchenrechtes bezeichnen. Der Fall iſt aber nicht eine zufällige Aneinanderreihung perſönlicher Mißverſtändniſſe und Böswilligkeiten. Er iſt typiſcher Ausdruck eines *Syſtems*, das ſich und ſeine Macht als Selbſtzweck betrachtet.

So wie der Sozialkatholizismus ſeit „Quadragesimo anno“ mehr denn je nach *innen* autoritär, autokratiſch, gegen Initiative von unten, eingeſtellt iſt, wie er jede Regung geiſtiger und organiſatoriſcher Eigenſtändigkeit ſofort unterdrücken will, ſo iſt er auch nach *außen hin*. Das ſoziale Reformprogramm des Solidarismus, das z. T. auch in der Enzyklika entwickelt iſt, verficht zwar eine „Ordnung berufsſtändiſcher Selbſtverwaltung“, hütet ſich aber ängſtlich vor irgendwelchen konkreten Forderungen und Konſequenzen. Am ſchärfſten lehnt es aber die *materielle Voraus*ſetzung jeder „beruflichen Selbſtverwaltung“, jeder echten Wirtſchaftsdemokratie, ab: die *Sozialiſierung* der Produktionsmittel. Es iſt faktiſch unmöglich, einerſeits das kapitaliſtiſche Eigentumsverhältnis als reale Machtgrundlage

des kapitaliſtiſchen Herrſchaftsverhältniſſes (und als ſtändigen Entzündungspunkt des Klaſſenkampfes als Macht- und Intereſſenkampf in der Wirtſchaft) aufrecht zu halten, anderſeits den Arbeitern und Unternehmern (Kapitaliſten) der einzelnen Berufszweige „Selbſtverwaltung" zu gewähren, den Klaſſenkampf auszuſchalten. Wie wenig dem Arbeiter die klügſten Sozialgeſetze nützen, wenn den Kapitaliſten die Verfügung über die Produktionsmittel (ſei es direkt als Induſtrieunternehmer, ſei es als Bank- und Kreditkapitaliſten) allein vorbehalten iſt, zeigt doch deutlichſt die gegenwärtige Wirtſchaftskriſe, die ausſchließlich zu ungunſten der Arbeiterſchaft die Sozialgeſetze trotz ihres formellen Weiterbeſtandes faktiſch zum großen Teil außer Kraft geſetzt hat. Freilich kann die Sozialiſierung nicht zu jeder Zeit und überall mit einem Schlag errungen werden, ſie iſt Ergebnis langen und ſchweren Ringens. Aber ſie muß *das* Ziel auf ſozialem und wirtſchaftlichem Gebiet ſein. Wie ſoll anders die Geſellſchaft — wie dies auch die Solidariſten wünſchen — aus dem gegenwärtig „atomiſtiſchen", ungegliederten, uneinheitlichen Zuſtand herauskommen zu einer ſoziologiſchen Einheit des Geſamtvolkes, wenn das Eigentumsverhältnis kapitaliſtiſch bleibt und die im Produktionsprozeß Beteiligten immer wieder unvermeidlich in zwei Klaſſenfronten zerreißt? Erſt auf der Grundlage der Ueberwindung der Klaſſenſpaltung kann eine „ſolidariſch" verbundene, gegliederte Geſellſchaft erſtehen. Da aber der Solidarismus dieſe notwendige Grundlage ſeiner Forderungen überſieht, ja ablehnt, kann er niemals den Anſchluß an die Wirklichkeit finden.

Es iſt nach alldem eigentlich ſelbſtverſtändlich, daß der Sozialkatholizismus in Oeſterreich theoretiſch und praktiſch ſich als feſte Stütze der kapitaliſtiſchen und reaktionär-faſchiſtiſchen Politik der Chriſtlichſozialen Partei erweiſt. War ſchon in der Zeit vor dem Kriege, als die Chriſtlichſozialen zu *der* offiziell anerkannten katholiſchen Partei wurden, z. B. bei den Wahlen engſte Arbeitsgemeinſchaft zwiſchen der Partei und den katholiſchen (kulturellen wie ausgeſprochen religiöſen) Vereinigungen feſtzuſtellen, ſo iſt dieſes Verhältnis in den letzten Jahren nur noch enger geworden. Der Hirtenbrief der öſterreichiſchen Biſchöfe zu den Wahlen von 1930 verwandelte die Kanzeln in chriſtlichſoziale Agitationsſtätten. Und dies zu einer Zeit, als die Verbindung der chriſtlichſozialen Partei mit der Gewalttruppe der *Heimwehren* in der Faſchiſtenregierung Vaugoin-Starhemberg augenfälliger denn je geworden war.

Beſonders deutlich ſichtbar wird die Rechts-Einſtellung des öſterreichiſchen Sozialkatholizismus ſeit den heurigen Aprilwahlen. Dieſe brachten — vor allem in Wien — den Chriſtlichſozialen eine ſchwere Schlappe und den Nationalſozialiſten einen bedeutenden Erfolg. Im „Neuen Reich", dem wiſſenſchaftlichen Organ der offiziellen ſolidariſtiſchen Richtung, heißt es, daß „die Sozialdemokraten, nicht die

neuaufgeſchoſſene Partei der Nationalſozialiſten, der eigentliche Feind" ſeien, „mit dem der politiſche und religiöſe Kampf auszutragen iſt". Bei einem Vergleich zwiſchen proletariſchem Sozialismus und Nationalſozialismus „ſcheint ſich ... die Waage deutlich zugunſten des Nationalſozialismus zu neigen", da ſich dieſem viele Katholiken aus „patriotiſcher Begeiſterung" angeſchloſſen hätten, „während im Sozialismus das katholiſche Element völlig ohne Boden iſt". Die Anhänger der Nationalſozialiſten ſind „echte Patrioten, die im Schmerz um ihr geknechtetes Vaterland, in Sehnſucht nach Befreiung vom feindlichen Joch, im Abſcheu vor der oft allzu nachgiebigen Erfüllungspolitik der neuen Republikaner ſich um Hitlers Standarten ſammelten ... wahrhaft konſervative Kräfte". Als Aufgabe des deutſchen wie des öſterreichiſchen Katholizismus wird offen das politiſche Zuſammengehen mit dem Nationalſozialismus bezeichnet.

Tatſächlich kommt ſeit den Aprilwahlen in der Chriſtlichſozialen Partei die „ſchärfere antimarxiſtiſche Tonart" wieder überall zum Durchbruch. Ein Symptom war die Einbeziehung des (faſchiſtiſchen) Heimatblocks in die Regierungsmehrheit, die Beſetzung des Unterrichtsminiſteriums mit dem auf der äußerſten Rechten ſtehenden Chriſtlichſozialen Rintelen; ein weiteres deutliches Zeichen hiefür gaben die Vorfälle auf dem jüngſten Parteitag der (für die Reichspolitik maßgebenden) Wiener Chriſtlichſozialen. Der noch einigermaßen demokratiſche Führer der chriſtlichen Arbeiter, Nationalrat Kunſchak, mußte feſtſtellen, daß er ſich „das Vertrauen weiter und vielfach maßgebender katholiſcher Kreiſe verwirkt" habe, und legte daher die Parteiobmannſtelle nieder. Weit wichtiger, ſo erklärte der neue Obmann, als der Kampf gegen den Nationalſozialismus ſei der Kampf gegen den „alten geſchworenen Erbfeind": die Sozialdemokratie. Trotz der ſchweren Angriffe nationalſozialiſtiſcher Führer und Theoretiker gegen den Katholizismus — von dem wohl unüberbrückbaren Gegenſatz zwiſchen nationalſozialiſtiſcher und chriſtlicher Weltauffaſſung ganz zu ſchweigen — bereitet dieſer ſich offenkundig auf politiſches Zuſammengehen mit dem Nationalſozialismus vor. Dieſe Tatſache gewinnt in unſeren Tagen der unruhigen und revolutionären Situationen ganz beſondere Bedeutung und Tragweite. Wenn in den kommenden großen und entſcheidenden Auseinanderſetzungen der Katholizismus nach rechts hin weitgehend gebunden iſt, wenn neben das Bündnis zwiſchen Vatikan und Muſſolini nun noch das zwiſchen den deutſchſprachigen katholiſchen Parteien und dem Nationalſozialismus tritt, dann wird dies auf das Verhältnis des proletariſchen Sozialismus zum Chriſtentum überhaupt nicht ohne Einfluß bleiben und weder für ihn noch für die übrige Welt günſtige Folgen haben. Eines iſt aber klar: je mehr das kirchenoffizielle Chriſtentum, vorab der Katholizismus, glaubt, durch politiſche Kompromiſſe, etwa durch Machtteilung mit dem Faſchismus, ſeine eigenen

Machtpoſitionen ſichern zu können, deſto gründlicher wird gerade mit dieſen Machtpoſitionen im Augenblick des ſozialiſtiſchen Sieges aufgeräumt werden!

Uns religiöſen Sozialiſten zeigt aber gerade die Entwicklung der Dinge in Oeſterreich, daß unſere Aufgabe, als bewußte Chriſten mitten in der ſozialiſtiſchen Freiheitsbewegung zu ſtehen, heute eine dringendere und wichtigere denn je iſt. Jemehr das beamtete und offizielle Kirchenchriſtentum ſich an die Seite der gegenwärtigen und — vielleicht in einer Zwiſchenetappe — zukünftigen Machthaber, Gewalt- und Unterdrückungsträger in der Welt ſtellt, deſto größer, und man kann wohl ſagen: deſto ſchwerer wird die Laſt unſerer Aufgabe und Verantwortung. Die Befreiung der Welt durch den Sozialismus kann nur kommen, wenn ſie nicht gegen Chriſtus, ſondern mit ihm gewollt und erſtrebt wird. Die Ueberlegenheit der Mächte der „Idee der Gewalt", des Kapitalismus und Faſchismus vor allem, auf dem Gebiet der mechaniſchen, materiellen Gewalt, gegenüber den Freiheitsbewegungen in der Welt (Sozialismus, revolutionäres Chriſtentum, Aufſtandsbewegungen unterdrückter Völker) iſt heute ſehr bedeutend. Um ſo klarer wird offenbar, daß die Sache der menſchheitlichen Freiheit und Brüderlichkeit verloren iſt, wenn ihre Verfechter ſich nicht auf ihre letzten und innerſten Grundlagen, die in Chriſtus und ſeiner Botſchaft liegen, beſinnen, wenn der materiellen Gewalt nicht die des Geiſtes und der Seele entgegengeſetzt wird. Der Erweckung und dem Durchbruch dieſer Haltung im Sozialismus zu dienen, iſt die große Zeitforderung an alle, die als Chriſten Sozialiſten ſind. *Wilhelm Frank* (Wien).

Vom Leben zum Tode.[1])

Die Jahre folgen ſich. Noch ſchimmern die Augen der alten Lehrer feucht, wenn ſie von den Tagen der großen Kämpfe erzählen. Noch begeiſtern ſie den oder jenen der Jugendlichen, in guten Momenten auch alle. Doch ſchon hat es welche, die lächeln. Das Politiſche intereſſiert ſie nicht. Die Liebe, unterhaltendes Bilderſpiel, Tanz und Sport — das iſt doch alles viel amüſanter. Die öffentlichen, die ſtaatlichen Feſte — was ſind ſie ihnen? Pomp, um den Eigennutz der Herrſchenden zu maskieren. Man weiß doch: es mäſtet die Politik ihren Mann. Politiſche Macht iſt das Mäntelchen, das gutſitzende, das wirtſchaftlichen Machtanſpruch deckt. Und die politiſchen Pfründen vererben ſich von Klüngel zu Klüngel. Ja, vielleicht war es anders einſtmals. Heut ſind die Politiker Seſſelkleber. Hört nur, wie farblos ihre Reden klingen! Der Glanz ihrer Augen iſt erloſchen. Sie ſprechen nicht mehr ſo oft vom Ideal. Nur noch am Schluß ihrer Reden. Die Realitäten beginnen darin einen immer breiteren Raum einzunehmen; das Wort „Sachlichkeit" lieben ſie vor allem, und die heilige „Nüchternheit" empfehlen ſie immer und immer wieder. Aber wenn ſie, an ganz feierlichen Tagen, die Stimme

[1]) Dieſe Darſtellung, die von *allen* Parteien gilt, ſtammt aus dem Buche von *Paul Lang:* „Tote oder lebendige Schweiz?" (Vgl. „Von Büchern".) Nachdem von den großen, ſchöpferiſchen Zeiten (der „Revolution") die Rede geweſen, folgt die obige Ausführung.